

Neue Kultureinrichtungen

Das Staatssekretariat für Kultur wird in Kooperation mit der UNESCO neue nationale Kultureinrichtungen schaffen: eine Nationalbibliothek, ein Archiv, ein Museum und ein Kulturzentrum. Die Gebäude hierfür werden derzeit in Aitarak Laran in Dili gebaut, um in einem angemessenen Rahmen neue Kulturaktivitäten zu starten. Die Kultur soll der Nation dienen und das Selbstbewusstsein des Staates stärken; dies ist eines der erklärten Ziele der aktuellen Regierung. Ausstellungsstücke, die sich nicht mehr in Osttimor befinden, sollen wieder ins Land geholt und im neuen Museum ausgestellt werden. Das Museum wird sowohl ein Touristenanziehungspunkt als auch ein Ort der Forschung. Außerdem soll es die zukünftigen Kunst- und Musikschulen beherbergen.

Die Nationalbibliothek wird »das Hauptquartier für alle existierenden Bibliotheken sein«, so Virgilio Smith, Kulturstaatssekretär. Die Aktivitäten der im Land verteilten kleinen, teils in Schulen untergebrachten Bibliotheken, sollen von hier überschaut und koordiniert werden. Das Archiv wird der Bibliothek angeschlossen. Die Nationalbibliothek wird öffentlich zugänglich sein.

vgl. timor-leste.gov.tl, 10., 15.11.2010

Jugendparlament

Das erste Jugendparlament Osttimors eröffnete am 15.12.2010 seine erste Sitzung, an der auch Repräsentanten des nationalen Parlaments, von Parteien, der UN und Entwicklungsländern teilnahmen. 130 durchschnittlich 14 Jahre alte Delegierte kamen in Dili zusammen, um die Jugend im Land zu repräsentieren und spezielle Probleme zu erörtern. Hierzu gehören unter anderem das Fehlen weiterführender Schulen in ländlichen Regionen, weshalb viele Jugendliche keine höhere Bildung erhalten. Die Ratschlä-

ge des Jugendparlaments wurden offiziell dem nationalen Parlament und dem Staatssekretär für Jugend und Sport vorgestellt. Weitere Dialoge sollen folgen. Für die Teilnahme am Jugendparlament hatte es einen landesweiten Auswahlprozess gegeben. Die Amtszeit der Jugendlichen beträgt zwei Jahre. Das Jugendparlament wird von UNICEF und dem Staatssekretär für Jugend und Sport unterstützt.

vgl. Tempo Semanal, 16.12.2010, http://www.unicef.org/infobycountry/Timorleste_57229.html

Empörung über UN-Bericht

Der Entwurf des *UNDP Human Development Reports 2010* für Osttimor hat in der Republik für Empörung gesorgt. So werden zwar Fortschritte seit der Unabhängigkeit 2002 anerkannt, jedoch wird auch starke Kritik geübt: Hohe Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen, sinkendes Pro-Kopf-Einkommen, steigende ländliche Armut, falsche Verwendung der Gewinne aus der Gasförderung in der Timorsee sowie fehlende Weiterverfolgung und Ahndung der Menschenrechtsverbrechen von 1999. Problematisch seien auch Energieversorgung, Nahrungsmittelsicherheit, Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung. In 837 Kommentaren legten die Regierung und internationale Berater dar, inwieweit verwendete Daten ungenau und gezogene Schlussfolgerungen unbegründet sein sollen. Die politische Neutralität der Autoren wird stark angezweifelt.

Laut Francisco da Costa Guterres, Staatssekretär für Sicherheit, hätten die UN selbst die Regierung in all diesen Dingen nicht ausreichend unterstützt und kennten auch die tatsächliche Situation gerade in den ländlichen Gebieten nicht, da sie sich nur in Dili aufhielten. James Dunn, ehemaliger australischer Konsul in Osttimor und Berater der UN-Mission, gibt der Regierung in diesem Punkt recht: Die UN hätten sich auf die Institutionenbildung für

die Unabhängigkeit konzentriert. Eine teure, längere und weitergehende Mission sei nicht im Sinne der Geberländer gewesen, die auf einen schnellen Abzug aus Osttimor gedrängt hätten. Was die Verfolgung der Verbrechen angeht, kritisiert jedoch auch er die Regierung, die pragmatisch hiervon abgesehen und nicht mehr darüber diskutiert habe. Für die UN aber müsse dieses Thema weiterverfolgt werden, da es sich um Verbrechen gegen die Menschheit handele. Guterres dagegen wirft den UN vor, die komplexen Beziehungen zwischen Indonesien und Osttimor nicht zu verstehen. Darüber hinaus gehöre ein solches diplomatisches Thema nicht in einen Entwicklungsbericht.

Der umstrittene UNDP-Bericht wird zurzeit auf die Einwände hin von einem unabhängigen Team überprüft, Statistiken aktualisiert, und soll im Laufe des Jahres 2011 veröffentlicht werden.

Erst vor kurzem wurden in zahlreichen Berichten die UN-Missionen in Osttimor kritisiert, an der Reform, Restrukturierung und dem Wiederaufbau der Sicherheitskräfte gescheitert zu sein. Im Februar 2011 entscheidet der UN-Sicherheitsrat über die Fortführung der Präsenz in Osttimor über die Wahlen 2012 hinaus.

vgl. ABC / Radio Australia 4.1.2011; The Age 3.1.2011